

# Der Wahlkreisbrief

Neues aus dem Wahlkreis 23

4/2010

Danny Eichelbaum sendet Ihnen den Wahlkreisbrief zu seiner Arbeit als Abgeordneter im Landtag Brandenburg

---

## Inhalt

Vorwort

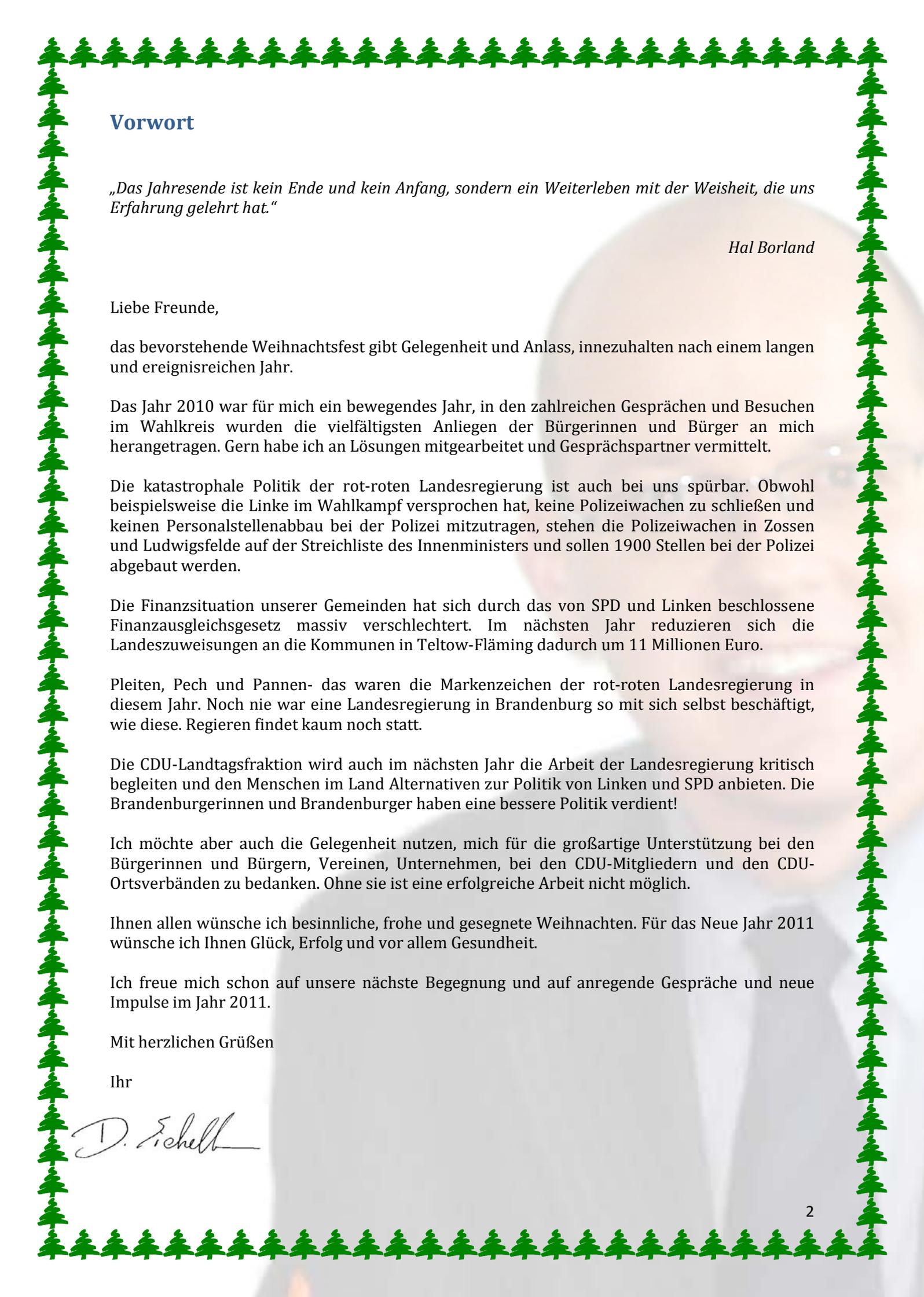
Neues aus dem Wahlkreis

Aktuelle Themen aus dem Landtag

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Termine im Monat Januar





## Vorwort

*„Das Jahresende ist kein Ende und kein Anfang, sondern ein Weiterleben mit der Weisheit, die uns Erfahrung gelehrt hat.“*

*Hal Borland*

Liebe Freunde,

das bevorstehende Weihnachtsfest gibt Gelegenheit und Anlass, innezuhalten nach einem langen und ereignisreichen Jahr.

Das Jahr 2010 war für mich ein bewegendes Jahr, in den zahlreichen Gesprächen und Besuchen im Wahlkreis wurden die vielfältigsten Anliegen der Bürgerinnen und Bürger an mich herangetragen. Gern habe ich an Lösungen mitgearbeitet und Gesprächspartner vermittelt.

Die katastrophale Politik der rot-roten Landesregierung ist auch bei uns spürbar. Obwohl beispielsweise die Linke im Wahlkampf versprochen hat, keine Polizeiwachen zu schließen und keinen Personalstellenabbau bei der Polizei mitzutragen, stehen die Polizeiwachen in Zossen und Ludwigsfelde auf der Streichliste des Innenministers und sollen 1900 Stellen bei der Polizei abgebaut werden.

Die Finanzsituation unserer Gemeinden hat sich durch das von SPD und Linken beschlossene Finanzausgleichsgesetz massiv verschlechtert. Im nächsten Jahr reduzieren sich die Landeszuweisungen an die Kommunen in Teltow-Fläming dadurch um 11 Millionen Euro.

Pleiten, Pech und Pannen- das waren die Markenzeichen der rot-roten Landesregierung in diesem Jahr. Noch nie war eine Landesregierung in Brandenburg so mit sich selbst beschäftigt, wie diese. Regieren findet kaum noch statt.

Die CDU-Landtagsfraktion wird auch im nächsten Jahr die Arbeit der Landesregierung kritisch begleiten und den Menschen im Land Alternativen zur Politik von Linken und SPD anbieten. Die Brandenburgerinnen und Brandenburger haben eine bessere Politik verdient!

Ich möchte aber auch die Gelegenheit nutzen, mich für die großartige Unterstützung bei den Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Unternehmen, bei den CDU-Mitgliedern und den CDU-Ortsverbänden zu bedanken. Ohne sie ist eine erfolgreiche Arbeit nicht möglich.

Ihnen allen wünsche ich besinnliche, frohe und gesegnete Weihnachten. Für das Neue Jahr 2011 wünsche ich Ihnen Glück, Erfolg und vor allem Gesundheit.

Ich freue mich schon auf unsere nächste Begegnung und auf anregende Gespräche und neue Impulse im Jahr 2011.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr



## Neues aus dem Wahlkreis

### Hilfe: Weihnachtszeit ist Spendenzeit



CDU-Landtagsabgeordneter Danny Eichelbaum besuchte in der vergangenen Woche die Kirche in Siethen und spendete 100 Euro für die Sanierung der Kirchturmuhhr. Sie gehört mit zu den schönsten Kirchendenkmälern im Landkreis Teltow-Fläming. Der Feldsteinbau entstand bereits im 13. Jahrhundert. Aufmerksam gemacht auf die Spendensammlung wurde er von der Vorsitzenden des Fördervereins der Feuerwehr Ludwigsfelde, Frau Carla Karstädt. Erfreut über die Spende zeigten sich die Vorsitzende des Fördervereins, Yvonne Wendtland und Helga Freier, Mitglied des Gemeindegemeinderates.

Unsere Dorfkirchen gehören mit zu den wichtigsten landestypischen Kulturdenkmälern und haben jegliche Unterstützung verdient.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 14.12.2010

### Sicherheit: Wache kann Dienststelle heißen

Ob die Polizei in einer Wache oder in einer Dienststelle vor Ort ist, das ist dem Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum (CDU) offenbar egal. Wie berichtet nahm der Innenausschuss des Landtages ein Papier zur Polizeireform mit knapper Mehrheit an. Danach könnte der Landtag bei seiner Abstimmung Mitte Dezember aus den 50 Polizeiwachen im Land 15 plus fünf oder sechs machen, wenn Innenminister Dietmar Woidke (SPD) Anfang nächsten Jahres dem folgt. Damit gäbe es von den bisher drei Polizeiwachen im Kreis Teltow-Fläming nur noch die eine in der Kreisstadt, der bereits geplante Neubau für die Ludwigsfelder Wache und die Wache Zossen entfielen, in diesen Orten würde es nur noch Dienststellen geben. Das könnte Eichelbaum akzeptieren-unter einer Bedingung, wie er auf MAZ-Nachfrage sagte: Das diese Dienststellen 24 Stunden geöffnet seien. "Verbrecher halten sich nicht an Öffnungszeiten", so das Innenausschuss-Mitglied. Mit der A 10 und der Industrie sei der Nordkreis auch Kriminalitätsschwerpunkt.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 04.12.2010



Danny Eichelbaum bei der Podiumsdiskussion des Richter- und Staatsanwältetages in Brandenburg/ a.d.H. am 05.11.2010

## Jeder zehnte Jugendliche ohne Abschluss

Einer aktuellen Studie der Bertelsmann-Stiftung zufolge verlässt in Teltow-Fläming jeder zehnte Jugendliche die Schule ohne Schulabschluss. Wie der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum in einer Pressemitteilung erklärt, enthüllt die Studie erstmals die Unterschiede auf Kreisebene. Demnach sind in der Uckermark sogar 13,8 Prozent der Schulabgänger ohne Schulabschluss, während es im Landkreis Potsdam-Mittelmark lediglich acht Prozent sind. Eichelbaum hält die Zahlen für „alarmierend für unseren Landkreis“, in dem schon „lange etwas faul“ sei. Laut Eichelbaum werden an den Schulen mehr Lehrkräfte, mehr Sonderpädagogen und Schulpsychologen benötigt. „Vier Schulpsychologen, die für den gesamten Zuständigkeitsbereich des Schulamtes Wünsdorf zur Verfügung stehen, sind völlig unzureichend“, so der Abgeordnete. Auch die in diesem Jahr vorgenommene Neueinstellung von Lehrern sei nur ein Tropfen auf den heißen Stein. „Sie ersetzen gerade mal die Pädagogen, die in Pension gehen“, meint Eichelbaum. MAZ

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 20.10.2010*

## Sparlampen und helle Köpfe - Die „Aktion Klima“ startet in der Grundschule in Blankensee / Danny Eichelbaum übergibt Umwelt-Kiste

Ein besonderes Klima herrscht seit gestern an der Grundschule Blankensee. Dort startete die „Aktion Klima“, die vom Bundesministerium für Umwelt und Naturschutz gefördert wird. Die Blankenseer Grundschüler wissen, dass ihre Schule naturnah und schön gelegen ist. „Wir wollen deshalb ganz bewusst dazu beitragen, das zu erhalten“, so Schulleiterin Sabine Fröhlich. Sie begrüßte gestern neben den Akteuren aus der Schule auch den CDU-Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum. Er hatte für die Schule eine grüne Klimakiste mitgebracht. „Die Klimakiste ist gefüllt mit Messgeräten und Materialien, die beim Klimaschutz helfen“, sagte er. Auch Schulrat Harald Grosse war beim Aktionsstart in Blankensee dabei. Das Schulamt unterstützt diese Initiative, „die Schülern ein aktives Umweltbewusstsein vermitteln will“. „Der Schutz von Klima und Umwelt soll an unsere Schule mehr als ein Projekttag oder eine Projektwoche, sondern ständiger Schulalltag sein, so Sabine Fröhlich.

Trebbiner Bürgermeister Thomas Berger (CDU) findet die Idee toll. „Als ich vor mehr als 30 Jahren in eurem Alter Solar-Experimente durchgeführt habe, ging es um das Abenteuer Wissenschaft“, sagte er. Heute sei die Lage für die Umwelt ernster. „Klimaschutz geht jeden etwas an“, so Berger. Die Einsparung von Kohlendioxid sei auch in der Stadt Trebbin und ihren Ortsteilen ein wichtiges Thema. Die Grundschule selber werde eine neue, sparsamere Heizungsanlage sowie neue Fenster erhalten.



Auch die Eltern sind in die Aktion einbezogen. Für die Schulkonferenz war Jane Schmidt dabei. Ihre Tochter Ronja lernt in der fünften Klasse. Vorerst werden sich in Blankensee die Sechstklässler mit der „Aktion Klima“ befassen. Sie haben dafür spezielle Teams gebildet, die sich am gestrigen Starttag selbst vorstellten. So will sich das Team „Umweltranger“ mit der schuleigenen Heizungsanlage befassen. Die Gruppe „Energy Green“ ist erneuerbaren Energien auf der Spur. Die „Savelight“-Schüler stehen für Sparlampen und helle Köpfe, was sie mit klugen Sprüchen unter Beweis stellten. Partner der Klima-Schüler wird Hausmeister Jürgen Brauße sein, der zudem als Hobby-Imker einen besonderen Draht zur Natur hat.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 18.11.2010



Veranstaltung zum  
Thema Deutsche Einheit  
mit Eberhard Diepgen in  
Ludwigsfelde am  
12.11.2010

## Nachrichten aus dem Landtag

### CDU: Landesregierung völlig isoliert bei Reform der Sicherungsverwahrung

"Nachdem auch die SPD-Bundestagsfraktion im Bundestag dem Gesetz zur Reform der Sicherungsverwahrung zugestimmt hat, ist die Brandenburger Landesregierung mit ihrer Haltung zur Sicherungsverwahrung völlig isoliert. Es ist jetzt schon klar, dass der von Minister Schöneburg angekündigte Antrag Brandenburgs auf Anrufung des Vermittlungsausschusses im Bundesrat scheitern wird. Ich rechne, dass Brandenburg höchstens Unterstützung vom Land Berlin bekommt, weil dort ebenfalls die Linke mitregiert, alle anderen SPD geführten Länder werden der Reform der Sicherungsverwahrung im Bundesrat zustimmen. Schon auf der Justizministerkonferenz im November diesen Jahres konnte sich Minister Schöneburg mit seiner kritischen Haltung zur Sicherungsverwahrung nicht durchsetzen. Der heutige SPD-Fraktionschef im Brandenburger Landtag, Ralf Holzschuher, hatte vor kurzem sogar noch den Erhalt der nachträglichen Sicherungsverwahrung gefordert.

Die Kritik von Justizminister Schöneburg an der nachträglichen Sicherungsverwahrung für Jugendliche ist unberechtigt, die Voraussetzungen sind hier strenger als bei Erwachsenen, so ist eine Vorverurteilung zu einer mindestens 7jährigen Freiheitsstrafe notwendig, bei Erwachsenen reicht eine 5 jährige Freiheitsstrafe. Außerdem hat der Bundesgerichtshof im März diesen Jahres die nachträgliche Sicherungsverwahrung für Jugendliche bestätigt.

Die Bundesregierung hat schnell eine europarechtskonforme Neuregelung der Sicherungsverwahrung auf den Weg gebracht, die sichergestellt, dass Schwerstverbrecher nicht auf freien Fuß gelangen, wenn sie weiterhin eine Gefahr für die Allgemeinheit darstellten. Der jüngste Fall eines aus der Sicherungsverwahrung frei gelassenen Straftäters in Duisburg, der versucht hatte, ein Mädchen zu missbrauchen, beweist: „Solche tickenden Zeitbomben gehören nicht in Freiheit, sondern hinter Gittern.“

Der Justizminister sollte erst einmal seine Hausaufgaben bei der Gewährleistung eines europarechtskonformen Vollzuges der Sicherungsverwahrung in Brandenburg machen. Der Minister hatte seit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte im Dezember des letzten Jahres ein Jahr Zeit, um Veränderungen beim Vollzug der Sicherungsverwahrung in den Justizvollzugsanstalten Brandenburgs vorzunehmen. Passiert ist jedoch nichts.

Eichelbaum warf den rot-roten Landesregierungen in Berlin und Brandenburg vor, bisher zu wenig unternommen zu haben, um die notwendigen Veränderungen im Vollzug der Sicherungsverwahrung umzusetzen. Beide Bundesländer trafen die Regelungen völlig unvorbereitet, warnte der CDU-Rechtsexperte. „Während die bürgerliche Bundesregierung schnell und wirkungsvoll handelt, erschöpfen sich SPD und Linke in immer neuen Expertenrunden ohne Ergebnis. Das gefährdet die Sicherheit unserer Bürger.“

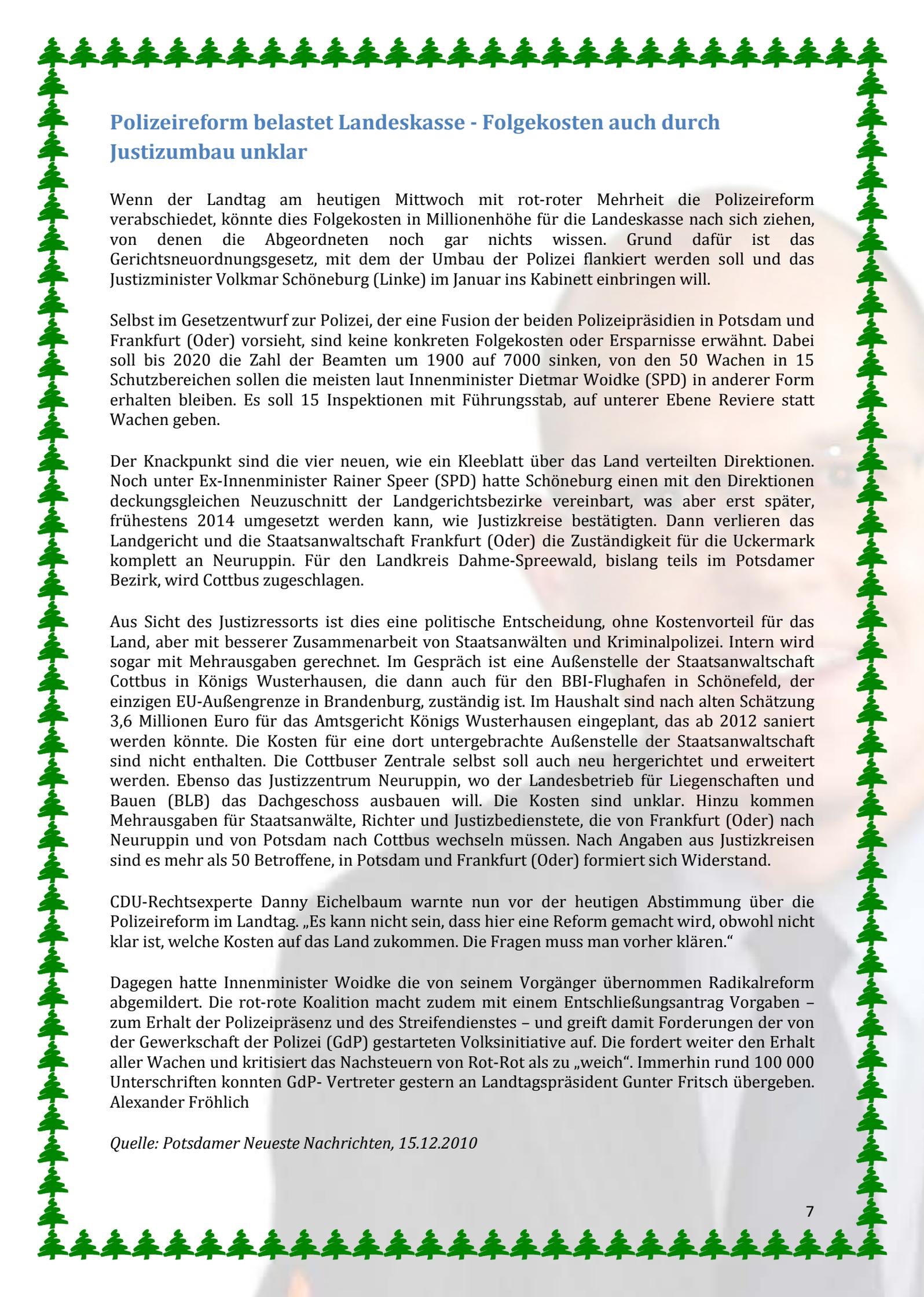
Eichelbaum verwies darauf, dass bis zum heutigen Tag noch keine konkreten Gespräche mit anderen Landesregierungen über die Errichtung von gemeinsamen Anstalten zur Unterbringung der Sicherungsverwahrten und zur Unterbringung nach dem Therapieunterbringungsgesetz geführt wurden. Die beiden Landesregierungen hätten noch nicht einmal einen gemeinsamen Standort gefunden, monierte der CDU-Rechtsexperte.

Er nannte es zudem unverständlich, dass die Brandenburger Landesregierung im Haushalt 2011 keine finanziellen Mittel für die nach der Europäischen Menschenrechtskonvention notwendige Trennung des Vollzuges der Sicherungsverwahrung vom allgemeinen Strafvollzug eingestellt habe. Unklar sei auch, ob das Justizministerium oder das Sozialministerium für die Unterbringung nach dem Therapieunterbringungsgesetz zuständig sein werde. "

*Pressemitteilung vom 11.Dezember 2010*



Gruppenbild mit einigen Abgeordneten bei der Klausurtagung der CDU-Landtagsfraktion in Rangsdorf am 25./26.10.2010



## Polizeireform belastet Landeskasse - Folgekosten auch durch Justizumbau unklar

Wenn der Landtag am heutigen Mittwoch mit rot-roter Mehrheit die Polizeireform verabschiedet, könnte dies Folgekosten in Millionenhöhe für die Landeskasse nach sich ziehen, von denen die Abgeordneten noch gar nichts wissen. Grund dafür ist das Gerichtsneuordnungsgesetz, mit dem der Umbau der Polizei flankiert werden soll und das Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) im Januar ins Kabinett einbringen will.

Selbst im Gesetzentwurf zur Polizei, der eine Fusion der beiden Polizeipräsiden in Potsdam und Frankfurt (Oder) vorsieht, sind keine konkreten Folgekosten oder Ersparnisse erwähnt. Dabei soll bis 2020 die Zahl der Beamten um 1900 auf 7000 sinken, von den 50 Wachen in 15 Schutzbereichen sollen die meisten laut Innenminister Dietmar Woidke (SPD) in anderer Form erhalten bleiben. Es soll 15 Inspektionen mit Führungsstab, auf unterer Ebene Reviere statt Wachen geben.

Der Knackpunkt sind die vier neuen, wie ein Kleeblatt über das Land verteilten Direktionen. Noch unter Ex-Innenminister Rainer Speer (SPD) hatte Schöneburg einen mit den Direktionen deckungsgleichen Neuzuschnitt der Landgerichtsbezirke vereinbart, was aber erst später, frühestens 2014 umgesetzt werden kann, wie Justizkreise bestätigten. Dann verlieren das Landgericht und die Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) die Zuständigkeit für die Uckermark komplett an Neuruppin. Für den Landkreis Dahme-Spreewald, bislang teils im Potsdamer Bezirk, wird Cottbus zugeschlagen.

Aus Sicht des Justizressorts ist dies eine politische Entscheidung, ohne Kostenvorteil für das Land, aber mit besserer Zusammenarbeit von Staatsanwälten und Kriminalpolizei. Intern wird sogar mit Mehrausgaben gerechnet. Im Gespräch ist eine Außenstelle der Staatsanwaltschaft Cottbus in Königs Wusterhausen, die dann auch für den BBI-Flughafen in Schönefeld, der einzigen EU-Außengrenze in Brandenburg, zuständig ist. Im Haushalt sind nach alten Schätzung 3,6 Millionen Euro für das Amtsgericht Königs Wusterhausen eingeplant, das ab 2012 saniert werden könnte. Die Kosten für eine dort untergebrachte Außenstelle der Staatsanwaltschaft sind nicht enthalten. Die Cottbuser Zentrale selbst soll auch neu hergerichtet und erweitert werden. Ebenso das Justizzentrum Neuruppin, wo der Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen (BLB) das Dachgeschoss ausbauen will. Die Kosten sind unklar. Hinzu kommen Mehrausgaben für Staatsanwälte, Richter und Justizbedienstete, die von Frankfurt (Oder) nach Neuruppin und von Potsdam nach Cottbus wechseln müssen. Nach Angaben aus Justizkreisen sind es mehr als 50 Betroffene, in Potsdam und Frankfurt (Oder) formiert sich Widerstand.

CDU-Rechtsexperte Danny Eichelbaum warnte nun vor der heutigen Abstimmung über die Polizeireform im Landtag. „Es kann nicht sein, dass hier eine Reform gemacht wird, obwohl nicht klar ist, welche Kosten auf das Land zukommen. Die Fragen muss man vorher klären.“

Dagegen hatte Innenminister Woidke die von seinem Vorgänger übernommenen Radikalreform abgemildert. Die rot-rote Koalition macht zudem mit einem Entschließungsantrag Vorgaben – zum Erhalt der Polizeipräsenz und des Streifendienstes – und greift damit Forderungen der von der Gewerkschaft der Polizei (GdP) gestarteten Volksinitiative auf. Die fordert weiter den Erhalt aller Wachen und kritisiert das Nachsteuern von Rot-Rot als zu „weich“. Immerhin rund 100 000 Unterschriften konnten GdP-Vertreter gestern an Landtagspräsident Gunter Fritsch übergeben. Alexander Fröhlich

*Quelle: Potsdamer Neueste Nachrichten, 15.12.2010*

## Wegsperrern oder resozialisieren - Das Parlament debattierte über das Für und Wider eines neuen Umgangs mit Gewaltverbrechern

Wie viel zählt die Freiheit des Einzelnen, wie viel der Schutz der Bürger vor gefährlichen Straftätern? Über diese Frage, aber vor allem über den vom Europäischen Gerichtshof eingeforderten neuen Umgang bei der Sicherungsverwahrung debattierte gestern der Landtag in einer Aktuellen Stunde.

Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) sprach sich dafür aus, den betroffenen Strafgefangenen künftig mehr therapeutische Angebote zu unterbreiten. Brandenburg werde zwei forensische Ambulanzen für entsprechende Fälle einrichten, die erste bereits im kommenden Jahr in Potsdam. Schöneburg betonte, dass die Sicherungsverwahrung nur „das letzte Mittel der Strafrechtspolitik“ sein könne. Anders als eine Freiheitsstrafe diene die Sicherungsverwahrung nicht der Sühne einer Schuld. Es müsse darum gehen, Bürger vor besonders gefährlichen Tätern zu schützen. Die Aufsicht für Entlassene müsse optimiert werden.

Erneut kritisierte Schöneburg das geplante Bundesgesetz, das „nicht ausgewogen“ sei. Auch bei Urteilen wegen Trunkenheitsfahrten oder Vermögens- und Eigentumsdelikten könnte Sicherungsverwahrung drohen, kritisierte er. Der Minister kündigte eine engere Kooperation mit Berlin bei der Unterbringung von Sicherungsverwahrten an. Bis Jahresende soll eine gemeinsame Arbeitsgruppe Vorschläge vorlegen.

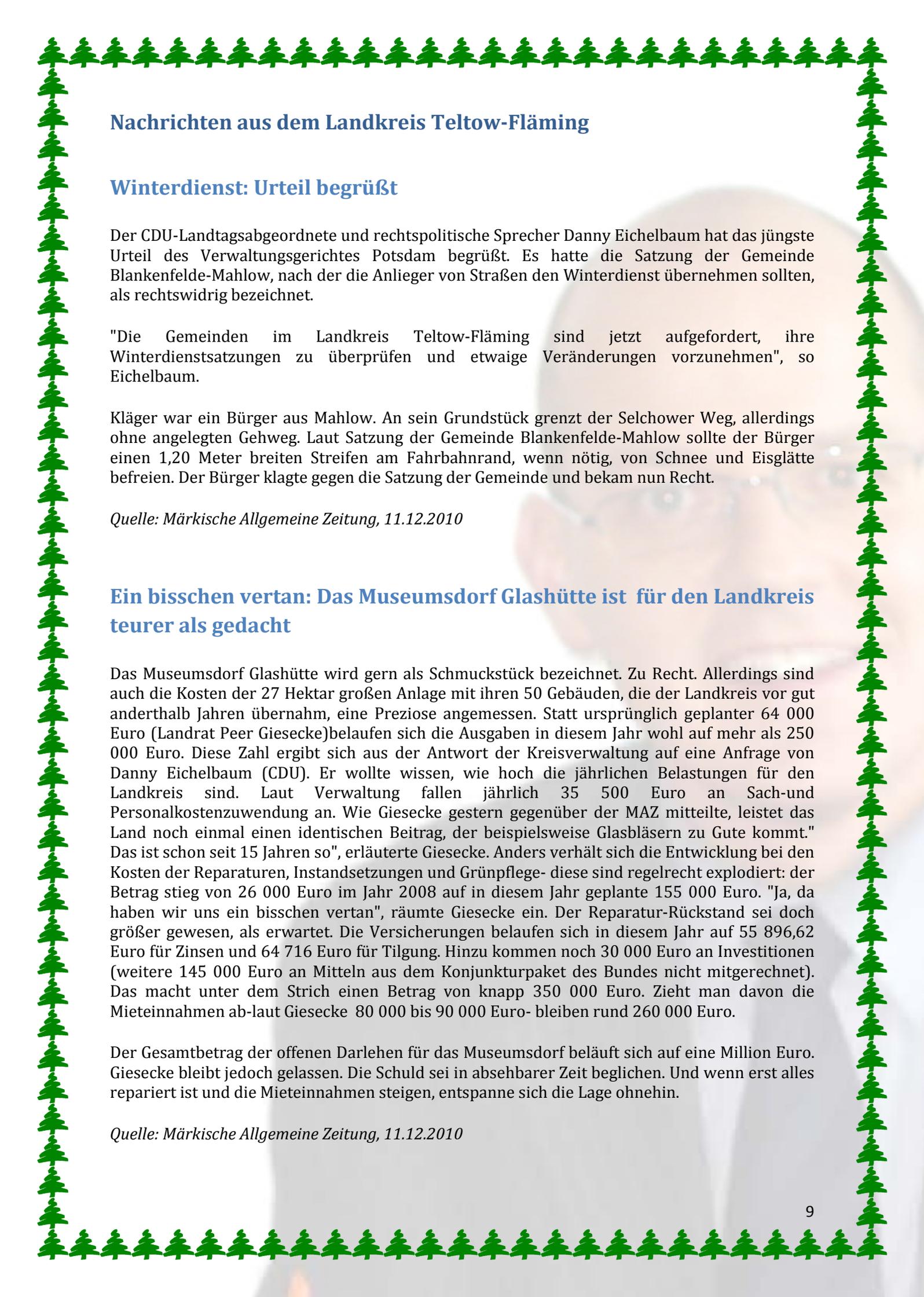
In Brandenburg gibt es derzeit sieben Fälle. Die betroffenen Straftäter befinden sich wegen Tötungs-, Sexual- oder Raubdelikten in Sicherungsverwahrung – vier in Brandenburg/Havel, drei in Luckau/Duben. Im Jahre 2020 werde es etwa 20 Straftäter in Sicherungsverwahrung geben, sagte der Minister. Nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs muss der erste Sicherungsverwahrte in Brandenburg im Oktober 2014 entlassen werden, zwei weitere 2015 und 2018.

Der Abgeordnete Danny Eichelbaum von der oppositionellen CDU kritisierte das Straßburger Urteil, lobte aber zugleich das schwarz-gelbe Bundesgesetz. Inzwischen sei eine größere Zahl an hochgefährlichen Straftätern entlassen worden, die zuvor von Gerichten als Sicherheitsrisiko eingestuft worden seien. Eichelbaum fürchtet, dass sich in Brandenburg ehemalige Sicherheitsverwahrte niederlassen könnten. In Berlin würden in diesem Jahr zehn und im nächsten Jahr 13 Straftäter entlassen werden.



Der CDU-Politiker forderte neue Einrichtungen – für den Vollzug der Sicherungsverwahrung und für die Therapie. Aus Kostengründen sollte nicht nur mit Berlin, sondern auch mit anderen Bundesländern zusammengearbeitet werden. Das forderte auch die FDP-Abgeordnete Linda Teuteberg. Die rechtspolitische Sprecherin der Linken, Margitta Mächtig, rief dazu auf, die Ängste und Befürchtungen in der Bevölkerung ernst zu nehmen. Minister Schöneburg wies den Vorschlag der CDU nach neuen Einrichtungen zurück: „Hochsicherheitstrakt plus Therapie geht nicht.“

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 11.11.2010*



## Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

### Winterdienst: Urteil begrüßt

Der CDU-Landtagsabgeordnete und rechtspolitische Sprecher Danny Eichelbaum hat das jüngste Urteil des Verwaltungsgerichtes Potsdam begrüßt. Es hatte die Satzung der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow, nach der die Anlieger von Straßen den Winterdienst übernehmen sollten, als rechtswidrig bezeichnet.

"Die Gemeinden im Landkreis Teltow-Fläming sind jetzt aufgefordert, ihre Winterdienstsatzenungen zu überprüfen und etwaige Veränderungen vorzunehmen", so Eichelbaum.

Kläger war ein Bürger aus Mahlow. An sein Grundstück grenzt der Selchower Weg, allerdings ohne angelegten Gehweg. Laut Satzung der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow sollte der Bürger einen 1,20 Meter breiten Streifen am Fahrbahnrand, wenn nötig, von Schnee und Eisglätte befreien. Der Bürger klagte gegen die Satzung der Gemeinde und bekam nun Recht.

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 11.12.2010*

### Ein bisschen vertan: Das Museumsdorf Glashütte ist für den Landkreis teurer als gedacht

Das Museumsdorf Glashütte wird gern als Schmuckstück bezeichnet. Zu Recht. Allerdings sind auch die Kosten der 27 Hektar großen Anlage mit ihren 50 Gebäuden, die der Landkreis vor gut anderthalb Jahren übernahm, eine Preziose angemessen. Statt ursprünglich geplanter 64 000 Euro (Landrat Peer Giesecke) belaufen sich die Ausgaben in diesem Jahr wohl auf mehr als 250 000 Euro. Diese Zahl ergibt sich aus der Antwort der Kreisverwaltung auf eine Anfrage von Danny Eichelbaum (CDU). Er wollte wissen, wie hoch die jährlichen Belastungen für den Landkreis sind. Laut Verwaltung fallen jährlich 35 500 Euro an Sach- und Personalkostenzuwendung an. Wie Giesecke gestern gegenüber der MAZ mitteilte, leistet das Land noch einmal einen identischen Beitrag, der beispielsweise Glasbläsern zu Gute kommt. "Das ist schon seit 15 Jahren so", erläuterte Giesecke. Anders verhält sich die Entwicklung bei den Kosten der Reparaturen, Instandsetzungen und Grünpflege- diese sind regelrecht explodiert: der Betrag stieg von 26 000 Euro im Jahr 2008 auf in diesem Jahr geplante 155 000 Euro. "Ja, da haben wir uns ein bisschen vertan", räumte Giesecke ein. Der Reparatur-Rückstand sei doch größer gewesen, als erwartet. Die Versicherungen belaufen sich in diesem Jahr auf 55 896,62 Euro für Zinsen und 64 716 Euro für Tilgung. Hinzu kommen noch 30 000 Euro an Investitionen (weitere 145 000 Euro an Mitteln aus dem Konjunkturpaket des Bundes nicht mitgerechnet). Das macht unter dem Strich einen Betrag von knapp 350 000 Euro. Zieht man davon die Mieteinnahmen ab-laut Giesecke 80 000 bis 90 000 Euro- bleiben rund 260 000 Euro.

Der Gesamtbetrag der offenen Darlehen für das Museumsdorf beläuft sich auf eine Million Euro. Giesecke bleibt jedoch gelassen. Die Schuld sei in absehbarer Zeit beglichen. Und wenn erst alles repariert ist und die Mieteinnahmen steigen, entspanne sich die Lage ohnehin.

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 11.12.2010*

## Gemeinde drängt, Land hat Bedenken

Gegen eine -wie in der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow diskutierte- Vorfinanzierung von Maßnahmen der Straßenbauverwaltung bestehen grundsätzlich haushaltsrechtliche Bedenken. Dies lässt das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft den CDU-Abgeordneten Danny Eichelbaum wissen, der zu Straßenbauvorhaben in Blankenfelde-Mahlow eine Kleine Anfrage im Potsdamer Landtag gestellt hatte. Danach würde eine Vorfinanzierung einen " Vorgriff auf potentielle, jedoch haushaltsrechtlich nicht verbindliche, zukünftige Haushaltszuweisungen" bedeuten. Eine Verfügung über noch nicht gesicherte Finanzmittel sei unzulässig. Danny Eichelbaum, Fraktion der CDU, hatte vor allem den bereits lange geplanten Ausbau der L 40 in Dahlewitz im Blick, als er seine Anfrage formulierte, denn die Kommune wird langsam ungeduldig. Doch er erfuhr nur, dass derzeit der Landesbetrieb den Ausbau plane. Voraussichtlich sei ein Planfeststellungsbeschluss für die Herstellung des Baurechts erforderlich. Wann der vorliege, könne noch nicht gesagt werden.

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 07.12.2010*



Danny Eichelbaum zu Besuch bei der Frauen-Union Teltow-Fläming am 15.11.2010



Karin Mayer und Danny Eichelbaum während der Mitgliederversammlung der CDU Jüterbog am 25.11.2010

## Partner – zur Sicherheit - Bahnhof weiterhin im Fokus von Politik, Polizei, Verwaltung und Bahn

Der Parkplatz am Bahnhof ist nicht sicher. Dieses Gefühl derjenigen Autobesitzer, die mit dem Zug reisen wollen, hat sich verstärkt, seit in der Nacht vom 30. zum 31. Oktober alle 14 dort abgestellten Fahrzeuge beschädigt worden waren. Manche nehmen den weiteren Weg zum Luckenwalder Bahnhof in Kauf und parken dort.

Der Fall beschäftigt nach wie vor die Polizei, die Stadtverwaltung, Politiker und auch die Bahn. Während sich eine Ermittlungsgruppe der Kriminalpolizei auf die Suche nach den Tätern gemacht hat, wird im Rathaus am Vertrag für eine Sicherheitspartnerschaft gefeilt. Geplant ist sie schon seit einem Jahr, Kommunikationsprobleme hätten bislang den Abschluss verhindert, hieß es gestern bei einer Gesprächsrunde, zu der der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Sven Petke aufgrund der „unhaltbaren Zustände am Bahnhof Jüterbog“ eingeladen hatte. „Wir wollen mehr Sicherheit für unsere Stadt und wir wollen, dass das endlich aufhört“, fasste Joachim Wasmansdorff, stellvertretender Bürgermeister, das Ziel aller zusammen. Im Januar, so sieht es im Moment aus, könnten die Partner für mehr Sicherheit ihre Unterschrift unter eine solche Vereinbarung setzen. Nicht jede Straftat könne damit verhindert werden, so die Erfahrungen der Polizei. Doch in Luckenwalde, so Jürgen Huber, Leiter des Schutzbereichs Teltow-Fläming, habe die Partnerschaft Verbesserungen gebracht, nicht zuletzt auch für das Sicherheitsgefühl.



Die CDU-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung will einen Schritt weiter gehen und eine Videoüberwachung am Bahnhof beantragen. Danny Eichelbaum mahnte an, schnell zu reagieren. Zu lange sei über das Thema nur geredet worden. Dass Videoüberwachung abschreckend wirken kann, würden die Erfahrungen aus Ludwigsfelde zeigen. Kirstin Kobs, Leiterin Bahnhofsmanagement Potsdam, berichtete von einer Verbesserung der Situation dort, aber auch von den Schwierigkeiten, dafür eine Genehmigung zu bekommen.

Bei seinem letzten Besuch in Jüterbog vor zwei Jahren war Klaus Kandt noch Präsident des Polizeipräsidiums Potsdam. Damals verbreitete er nach der Schließung der Polizeiwache und der Eröffnung des Polizeipostens Zweckoptimismus. Heute ist Kandt Präsident der Bundespolizeidirektion Berlin und hält eine Partnerschaft, wie sie jetzt in Jüterbog geplant ist, für die einzige Chance, das Sicherheitsgefühl zu verbessern. Bei einer sinkenden Zahl von Polizisten und der relativ geringen Kriminalitätsrate in dieser ländlichen Gegend käme man um eine Vernetzung nicht herum. Im Bereich der Bundespolizeiinspektion Berlin-Ostbahnhof, zu der Jüterbog gehört, seien im vergangenen Jahr 6000 Straftaten verübt worden, so Kandt. In Jüterbog waren es 30. (Von Martina Burghardt)



Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 23.11.2010

## Ermittlungen: Innenminister informiert über Nazi-Gedenken

Die Polizei ermittelt weiter zu dem Aufmarsch von Rechtsextremen auf der Kriegsgräberstätte Neues Lager am Totensonntag. Darüber informierte gestern Brandenburgs Innenminister Dietmar Woidke (SPD) den Innenausschuss des Landtages.

Nach jüngsten Erkenntnissen kamen die Neonazis, die sich gegen Mitternacht zu einem sogenannten Heldengedenken versammelten, aus Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Sie sollen nicht nur Fackeln und Kerzen mitgebracht haben, sondern auch eine Reichskriegsflagge. Zudem sollen einige bei der Versammlung verbotene Uniformen getragen haben. „Das könnte in den Bereich der Volksverhetzung gehen“, so die Einschätzung des CDU-Landtagsabgeordneten und Juristen Danny Eichelbaum nach der Ausschusssitzung. Die Polizei ermittelt zum Verdacht, dass gegen das Versammlungsgesetz verstoßen wurde.

Der Innenminister habe auch bestätigt, so Eichelbaum, dass die Polizei erst auf Hinweise einer Zeugin vom Aufmarsch erfuhr. Sie griff erst ein, als die Versammlung beendet war und nahm die Personalien von mehr als 60 Teilnehmern auf.

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 03.12.2010*



Danny Eichelbaum in gemütlicher Runde bei der Weihnachtsfeier der Senioren Union Teltow-Fläming in Rangsdorf am 03.12.2010

## Der Looping des Landrats - Beratung über GmbHs

Einen Fehler mochte er noch immer nicht einräumen. Dafür nahm sich Landrat Peer Giesecke (SPD) in der Kreistagssitzung viel Zeit, um die geänderte Beteiligungsrichtlinie des Kreises zu erläutern.

Das Papier hatte für Wirbel gesorgt, da sich die Abgeordneten damit quasi selbst einen Maulkorb verpasst hatten – und über Kreis-Gesellschaften nur noch nicht öffentlich beraten wollten (die MAZ berichtete). Giesecke beklagte nun, dass in der Öffentlichkeit ein „verzerrtes Bild“ von dem Vorgang gezeichnet worden sei. „Es war nicht unsere Absicht, ausnahmslos nicht öffentlich zu beraten“, sagte er.

Hermann Kühnapfel (CDU), der die ursprüngliche Richtlinie in der vergangenen Kreistagssitzung scharf kritisiert hatte, signalisierte jetzt Zustimmung. Er fragte aber auch, warum der Landrat nicht einfach einräumen könne, sich mit der alten Richtlinie „vertan“ zu haben. „Ich hatte damals darum gebeten, dass die Abstimmung verschoben wird, aber sie bestanden darauf.“ Und an die Abgeordneten der Kreistagskooperation sagte er: „Und Sie haben das ohne Hirn und Verstand abgewunken.“ Lautstarker Protest war die Folge.

Dass der Landrat zwischenzeitlich den Vertrag mit SWFG-Chef Vogler verlängert hat, kritisierte Kühnapfel ebenfalls. Schließlich sei der Kreis, nicht der Landrat, Gesellschafter der SWFG. Und: „Wir wollen nicht immer nur dann Informationen erhalten, wenn es Ihnen passt.“

Im Rahmen der Einwohnerfragestunde hatte sich der Zossener Lutz Haenicke bereits über den „Maulkorberlass“ geärgert. „Wie weit wollen Sie noch dabei gehen, die Bürger zu entmündigen?“, fragte er den Landrat. Dieser wollte in der Sitzung auf diese „diffuse Meinungsäußerung“ nicht weiter eingehen.

Für die Linke reagierte Kornelia Wehlan. Ihre Partei sei „ziemlich ungehalten“ über die damaligen Schlagzeilen gewesen. „Es ging bei der Richtlinie ja nicht darum, zu deckeln, sondern um das Gegenteil.“ Allerdings sei ihr unverständlich, dass die ursprüngliche Richtlinie offenbar „ohne juristische Begleitung“ verfasst wurde.

Danny Eichelbaum (CDU) wies auf den Grundsatz der Öffentlichkeit hin. Kreiseigene Gesellschaften seien „keine geheime Kommandosache“. Kreistagschef Christoph Schulze (SPD), der eine Prüfung der kritisierten Passagen in der vergangenen Sitzung angeregt hatte, sagte nur: „Man hätte sich diesen Looping sparen können, wenn man auf meine sitzungsbegleitenden Einlassungen gehört hätte.“

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 03.11.2010*



Danny Eichelbaum und Steeven Bretz MdL bei der Teilnahme an der CDU-Regionalkonferenz in Berlin am 15.10.2010



## Ausgewählte Termine im Monat Januar

04.1.2011

- 10.00 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion in Potsdam
- 12.30 Uhr Sitzung des Arbeitskreises Innen, Rechts- und Umweltpolitik in Potsdam

07.1.2011

- 19.00 Uhr Neujahrsempfang der Stadt Ludwigsfelde

11.1.2011

- 10.00 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion in Potsdam
- 12.30 Uhr Sitzung des Arbeitskreises Innen, Rechts- und Umweltpolitik in Potsdam

18.1.2011

- 10.00 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion in Potsdam
- 12.30 Uhr Sitzung des Arbeitskreises Innen, Rechts- und Umweltpolitik in Potsdam
- 14.00 Uhr Sitzung der Parlamentarischen Kontrollkommission in Potsdam

19.1.2011

- Plenum des Landtages Brandenburg in Potsdam ( ganztägig)

20.1.2011

- Plenum des Landtages Brandenburg in Potsdam ( ganztägig)

25.1.2011

- 10.00 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion in Potsdam
- 12.30 Uhr Sitzung des Arbeitskreises Innen, Rechts- und Umweltpolitik in Potsdam

26.1.2011

- 19.00 Uhr Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Jüterbog

28.1.2011

- 19.00 Uhr Neujahrsempfang des CDU-Kreisverbandes Teltow-Fläming in Luckenwalde

31.1.2011

- 17.00 Uhr Sitzung des Kreisausschusses in Luckenwalde